

Zusammen in Vielfalt. Nachhaltig. Vernetzt.

Antworten der Parteien auf die Forderungen der
Volkshochschulen zur Bundestagswahl 2021

Unsere Forderungen

- | | |
|--|----|
| ⇒ Umsatzsteuerbefreiung der allgemeinen Weiterbildung | 3 |
| ⇒ Breitere Ausrichtung der Nationalen Weiterbildungsstrategie | 4 |
| ⇒ Strukturelle Absicherung der öffentlich geförderten Weiterbildung | 5 |
| ⇒ Digitale Infrastrukturentwicklung in der Weiterbildung | 6 |
| ⇒ Digitalisierung des Bildungswesens als Gemeinschaftsaufgabe verstehen | 7 |
| ⇒ Bessere Finanzierung und Bürokratieabbau im Integrations- und Berufssprachkurssystem | 8 |
| ⇒ Regelförderung für Alphabetisierung und Grundbildung | 9 |
| ⇒ Niedrigschwellige Förderprogramme zur Demokratiebildung | 10 |

Unsere Forderung: Umsatzsteuerbefreiung der allgemeinen Weiterbildung

Die Volkshochschulen halten es für unerlässlich, dass der Bund seine nationalen Entscheidungsspielräume nutzt, um die gesamte allgemeine Weiterbildung als vierte Säule des Bildungssystems dauerhaft von der Umsatzsteuer zu befreien. Inwiefern unterstützen Sie diese Position?

CDU/CSU	CDU und CSU sprechen sich dafür aus, zusätzlich zu Weiterbildungen, die im Beruf, in der Schule oder der Universität verwertet bzw. genutzt werden können, auch Weiterbildungen für ehrenamtliche Tätigkeiten, beispielsweise im sozialen oder politischen Bereich, weiterhin von der Mehrwertsteuer zu befreien.
SPD	Alle Bürgerinnen und Bürger müssen Zugang zu Bildung und Teilhabe an lebenslangem Lernen haben. Bildung darf daher nicht zusätzlich mit Umsatzsteuer belastet werden. Die SPD setzt sich für eine europarechtskonforme Erhebung der Umsatzsteuer ein; den Entscheidungsspielraum, den die sogenannte Mehrwertsteuer-Systemrichtlinie den EU-Mitgliedstaaten bei der Steuerbefreiung von Bildungsleistungen gibt, werden wir weiterhin vollständig ausschöpfen. Bislang ist es der SPD gelungen, Bildungskurse an Volkshochschulen im Einklang mit den EU-rechtlichen Vorgaben unbürokratisch steuerfrei zu halten. Gleichwohl ist die Weiterbildungslandschaft in Deutschland sehr vielfältig aufgestellt und eine Umsatzsteuerbefreiung ist nicht an allen Stellen gleichermaßen angezeigt und EU-rechtlich zulässig. Volkshochschulen in öffentlicher Trägerschaft hingegen sind in der Weiterbildung von besonderer und herausgehobener Bedeutung. Dies erkennt die SPD in ihrem politischen Handeln an.
BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	Das nationale Steuerrecht muss grundsätzlich im Einklang mit EU-Vorgaben stehen. Gleichwohl wollen wir GRÜNE sicherstellen, dass Bildungsleistungen auch weiterhin umsatzsteuerbefreit angeboten werden können und damit dem wichtigen Beitrag der allgemeinen Weiterbildung zur Sicherung des gesellschaftlichen Zusammenhalts Rechnung zu tragen. Den europarechtlichen Spielraum werden wir dafür umfassend ausschöpfen.
DIE LINKE	Wir sprechen uns klar gegen Bildungsschranken aus. Auch in Zukunft muss sichergestellt werden, dass der Zugang zum lebenslangen Lernen über allgemeine Weiterbildungsangebote und damit Teilhabe am sozialen, politischen und wirtschaftlichen Leben, ohne zusätzliche steuerliche Belastungen möglich bleiben. Wir sind daher u.a. dafür, § 4 Nr. 21 UStG großzügig auszulegen, weil man in der Regel nicht um eine Einzelfallprüfung herumkommt. Daher lehnen wir hier eine Engführung der steuerlichen Begünstigung auf die ‚beruflich verwertbare‘ (Weiter-)Bildung in Abgrenzung zu ‚reiner Freizeitgestaltung‘ ab: Eine solche Abgrenzung ist extrem interpretations- und streitanfällig. Wir möchten sicherstellen, dass der Zugang zum lebenslangen Lernen über Weiterbildungs- und allgemeine Bildungsangebote und damit Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben ohne zusätzliche steuerliche Belastungen möglich bleibt.
FDP	Wir Freie Demokraten wollen die Umsatzbesteuerung reformieren und vereinfachen. Ermäßigungen sollen grundsätzlich nur zur Abdeckung des materiellen und kulturellen Grundbedarfs sowie zur Vermeidung von Wettbewerbsverzerrungen im Binnenmarkt bestehen bleiben. Vergleichbare Sachverhalte sollen auch gleichbehandelt werden. Im Gegenzug soll der allgemeine Steuersatz aufkommensneutral abgesenkt werden. Die Steuern vom Umsatz (Umsatzsteuer und Einfuhrumsatzsteuer) tragen am meisten zum deutschen Steueraufkommen bei. Das Umsatzsteuersystem in Deutschland ist durch die Anwendung verschiedener Steuersätze undurchsichtig. Wir wollen eine klare und nachvollziehbare Umsatzsteuer.

Unsere Forderung: Breitere Ausrichtung der Nationalen Weiterbildungsstrategie

Die Nationale Weiterbildungsstrategie muss das gesamte System des lebensbegleitenden Lernens gleichermaßen berücksichtigen. Die allgemeine Weiterbildung – und mit ihr die Volkshochschulen – gehören künftig bei der strategischen Planung mit an den Tisch. Inwiefern unterstützen Sie diese Position?

CDU/CSU	An der Entwicklung der Nationalen Weiterbildungsstrategie (NWS) waren unter der Federführung des unionsgeführten Bundesministeriums für Bildung und Forschung und des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales nicht nur die Bundesagentur für Arbeit und die Sozialpartner beteiligt. Auch die für allgemeine Weiterbildung zuständigen Länder waren durch die Kultusministerkonferenz, die Arbeits- und Sozialministerkonferenz und die Wirtschaftsministerkonferenz vertreten. Mit der Vorlage des Umsetzungsberichts der Nationalen Weiterbildungsstrategie am 8. Juni 2021 fand der 2018 begonnene Prozess ein vorläufiges Ende. Im Zuge einer Fortführung der NWS wollen CDU und CSU prüfen, ob und inwieweit die Volkshochschulen stärker beteiligt werden können.
SPD	Die Volkshochschulen haben eine besondere Bedeutung im Weiterbildungssystem. Der SPD ist eine Politik im Dialog sehr wichtig. Das schließt auch die Einbindung des Deutschen Volkshochschulverbands in für ihn relevante politische Prozesse mit ein.
BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	Wir GRÜNE wollen die Weiterbildung in Deutschland vom Kopf auf die Füße stellen. Die Volkshochschulen sind für uns unverzichtbare Partner einer zukunftsähnlichen und vielfältigen Weiterbildungslandschaft. Mit dem Aufbau regionaler Bildungsagenturen wollen wir einen Rahmen schaffen, in dem alle Akteure der Weiterbildung vor Ort, beispielsweise Volkshochschulen, Arbeitsagenturen, Jobcenter, berufsbildende Schulen, Hochschulen, und Kammern ihre Kompetenzen bündeln können. Wir wollen das Bundesinstitut für Berufsbildung beauftragen, für transparente und anschlussfähige Strukturen in der Weiterbildungslandschaft zu sorgen und die Übergänge zwischen Aus-, Fort- und Weiterbildung durchlässiger zu gestalten. Dabei sollen Bund, Länder, Kommunen und Sozialpartner alle wichtigen Akteure, zu denen auch die VHS gehören, in die strategische Planung einbeziehen und sich auf Standards für die bundesweite Anerkennung verständigen.
DIE LINKE	Volkshochschulen, die oft in kommunaler Hand sind oder mindestens gemeinnützig arbeiten, können unabhängig von den Profitinteressen privater Bildungsanbieter Angebote für die vielfältigen Bereiche der allgemeinen Weiterbildung, der politischen Bildung und für das Nachholen von Schulabschlüssen anbieten. Dazu sollen die Volkshochschulen finanziell gestärkt werden, damit sie ihr Leistungsangebot ausbauen und kostenfrei anbieten können. Wir wollen den Zugang aller Menschen zu umfassender lebensbegleitender Bildung: selbstbestimmt und freiwillig, individueller Nutzen statt nur berufsbezogene Nützlichkeitskriterien. Ziele sind die gesellschaftliche Teilhabe und Engagement, mündige Bürger*innen, Demokratieverständnis und kritisches Denken. DIE LINKE teilt die Position, dass auch die allgemeine Weiterbildung und damit die Volkshochschulen künftig bei der strategischen Planung mit an den Tisch gehören. Schließlich sind die Volkshochschulen einer der großen Anbieter von Weiterbildung außerhalb der beruflichen Bildung. Volkshochschulen sind die wohnortnahmen Weiterbildungszentren mit umfangreichen Angeboten und Sicherungssystemen hinsichtlich der Standards und Strukturen und müssen unbedingt auf Augenhöhe berücksichtigt werden.
FDP	Wir Freie Demokraten halten die Nationale Weiterbildungsstrategie für unzureichend. Sie darf nicht auf rein berufliche Verwertbarkeit verkürzt bleiben und muss alle relevanten Akteure der Weiterbildung – und somit auch die Volkshochschulen – einbeziehen. Wir treten ein für ein echtes zweites Bildungssystem für das ganze Leben, das alle Arten von Weiterbildung mit einbezieht. Dazu wollen wir ein Midlife-BAföG einführen, das auch Menschen mit geringem Einkommen die Finanzierung von Weiterbildung und Bildungszeiten in jedem Alter ermöglicht. Darüber hinaus soll in einem persönlichen Freiraumkonto allen Menschen unabhängig vom Arbeitgeber das steuer- und abgabenfreie Ansparen für Weiterbildungsangebote und Bildungszeiten ermöglicht werden. Zudem soll die Vielzahl von Bildungsangeboten für das lebenslange Lernen von öffentlichen wie privaten Anbieterinnen und Anbietern transparent und strukturiert auf einer zentralen digitalen Plattform einsehbar sein. Diese digitale Bildungsarena soll den Zugang zu Weiterbildungen erleichtern und gleichzeitig die Anerkennung informell sowie non-formal erworbener Kompetenzen ermöglichen.

Unsere Forderung: Strukturelle Absicherung der öffentlich geförderten Weiterbildung

Auch und gerade nach Corona muss der Bund im Rahmen seiner Kompetenzen die öffentliche Weiterbildung absichern. Volkshochschulen brauchen Planungssicherheit für ihren Bildungsauftrag. Die soziale Lage der freiberuflichen Lehrkräfte muss verbessert werden. Inwiefern unterstützen Sie diese Positionen?

CDU/CSU	CDU und CSU begrüßen eine angemessene Entlohnung der freiberuflichen Lehrkräfte, die in der öffentlichen Weiterbildung tätig sind. In ihrem Zuständigkeitsbereich hat die unionsgeführte Bundesregierung beispielsweise den Kostenerstattungssatz für die Durchführung der Integrations- und Berufssprachkurse erhöht, um eine angemessene Vergütung von freiberuflichen Lehrkräften dauerhaft zu gewährleisten. Gleichwohl sind für die allgemeine Weiterbildung und deren Finanzierung die Länder zuständig.
SPD	Die Arbeitsbedingungen im Weiterbildungssystem sind insgesamt verbesserungsbedürftig. Da schließt freiberuflich Tätige ebenso ein wie Personen mit oft befristeten Arbeitsverhältnissen. Auch wenn der Bund nicht immer für alle Bereiche des vielfältigen Weiterbildungssystems zuständig ist, will die SPD mit ihrer Politik Impulse setzen, u.a. mit einem Förderprogramm des Bundes.
BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	Wir GRÜNE wollen prekäre Beschäftigung in der Weiterbildung beenden. Die Qualität der Angebote steht und fällt mit der Zufriedenheit und der Qualifikation des Lehrpersonals. Um die Qualität der Angebote zu sichern und faire Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten voranzubringen, müssen der Mindestlohnitarifvertrag zu einem echten Branchentarifvertrag weiterentwickelt und bundesweit einheitliche Mindeststandards für die Lehre vereinbart werden. Dieser Branchentarifvertrag soll allgemeinverbindlich erklärt werden und für alle gelten.
DIE LINKE	<p>Die Volkshochschulen sollen als öffentliche Weiterbildungseinrichtungen ein breites Angebot an allgemeiner Weiterbildung in allen Regionen sicherstellen und allen Menschen einen Zugang zu diesen Angeboten ermöglichen. Um diesem Anspruch gerecht zu werden, müssen sie von Ländern und Kommunen deutlich besser ausgestattet werden. Durch viele Jahre Kürzungspolitik ist in diesem Bereich ein hoher Bedarf an Investitionen in Infrastruktur und Gebäude, aber auch in Lehr- und Lernmittel entstanden. Und auch die Dozent*innen an den Volkshochschulen arbeiten häufig für skandalös niedrige Honorare.</p> <p>Volkshochschulen und andere öffentlich geförderte Weiterbildungseinrichtungen müssen ausreichend und dauerhaft finanziert werden. Lehrkräfte dürfen sich nicht von einem befristeten Projekt zum nächsten hangeln müssen. Vielmehr sind für Daueraufgaben auch Dauerstellen zu schaffen.</p> <p>Lehrkräfte in der Weiterbildung brauchen einen allgemeinverbindlichen Tarifvertrag, der sich am öffentlichen Dienst orientiert, für alle Bereiche der Weiterbildung. Honorarverträge sollen in feste Stellen umgewandelt werden. Honorarverträge, soweit sie noch nötig oder von den Beschäftigten gewollt sind, müssen an den TVÖD angepasst werden. Das gilt auch für Lehrkräfte in den Sprach- und Integrationskursen. Wir brauchen zudem ein Bundes-tariftreuegesetz für Qualitätsstandards bei der Auftragsvergabe und tarifliche Bezahlung.</p>
FDP	<p>Die Weiterbildung wird in den nächsten Jahrzehnten der entscheidende Schlüssel für ein selbstbestimmtes Leben sein. Anders als die Nationale Weiterbildungsstrategie der Bundesregierung wollen wir Freie Demokraten den Bildungsauftrag nicht auf rein berufliche Verwertbarkeit verkürzen. Die Volkshochschulen leisten eine wichtige Arbeit in der allgemeinen, kulturellen und politischen Weiterbildung. Damit fördern sie persönliche Weiterentwicklung und gesellschaftliche Teilhabe. Instrumente der öffentlichen Weiterbildungsfinanzierung wollen wir so weiterentwickeln, dass sie mehr Planungssicherheit und Investitionen in neue digitale Lernformate ermöglichen.</p> <p>Wir Freie Demokraten fordern Fairness für Selbstständige. Ob Freie Berufe, Handwerk, Kultur- und Kreativwirtschaft oder Dienstleistungsbranche: Selbstständige sind keine Erwerbstätigen zweiter Klasse. Mit unterschiedlichen Reformansätzen wollen wir die Selbstständigkeit erleichtern, sie als Selbstbestimmung ernst nehmen und für mehr öffentliche Wertschätzung von Selbstständigen sorgen. Ungleichbehandlungen wollen wir abbauen und zum Beispiel die Beiträge für Selbstständige zur gesetzlichen Krankenversicherung endlich an den tatsächlichen Einnahmen orientieren. Weiterhin wollen wir u.a. das Statusfeststellung für Selbstständige reformieren, eine maximale Wahlfreiheit für Selbstständige bei der Altersvorsorge und eine Kopplung von Mini- und Midijob-Grenzen an den Mindestlohn damit Mini- oder Midijobber nicht mehr von Erhöhungen durch die allgemeine Lohnentwicklung abgeschnitten sind.</p>

Unsere Forderung: Digitale Infrastrukturentwicklung in der Weiterbildung

Volkshochschulen fordern eine umfassende Initiative Digitale Weiterbildung. Diese muss ausreichende Mittel vorsehen, um Ausstattung, Infrastruktur, Managementprozesse und Kompetenzentwicklung Lernender, Lehrender und Mitarbeitender zukunftsfähig zu machen. Inwiefern unterstützen Sie diese Position?

CDU/CSU	<p>Im Transformationsprozess wächst die Bedeutung digitaler Lehr- und Lernangebote. Daher wollen CDU und CSU die bestehenden und neuen digitalen Bildungsplattformen zu einem bundesweiten und europäisch anschlussfähigen Plattform-System verknüpfen. Die Plattform ist Kernstück eines neuen digitalen Bildungsraums für Deutschland und einer Modernisierung der Bildung insgesamt. Es geht darum, allen Menschen – vom Schulkind bis zum Rentner – den Zugang zu digital gestützten Bildungsangeboten zu erleichtern. Einen Schwerpunkt legen wir auf Weiterbildung und lebensbegleitendes Lernen. Es geht um das passende Angebot, das alle schnell finden und sicher nutzen können. Für die Entwicklung von Prototypen, Curricula und didaktischen Konzepten stellen CDU und CSU in einem ersten Schritt 150 Millionen Euro bereit.</p> <p>Mit dem „vhs-Lernportal“ fördert der Bund bereits eine digitale Lernplattform, auf der Lernende kostenfreie digitale Lernangebote finden, zum Beispiel in den Bereichen Alphabetisierung und Grundbildung.</p>
SPD	<p>Die SPD unterstützt diese Position. Zur digitalen Teilhabe gehört die Barrierefreiheit. Alle Bürger*innen sollen zur digitalen Selbstbestimmung befähigt werden. Wir brauchen ein Recht auf digitale Bildung und Weiterbildung für alle Generationen. Gerade die Volkshochschulen sind ideale Orte, um digitale Bildung für alle Bürger*innen zu ermöglichen – kostengünstig, barrierefrei, inklusiv. Wir werden die Volkshochschulen mit einem Förderprogramm des Bundes in ihrer Entwicklung unterstützen.</p>
BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	<p>Wir GRÜNE wollen die Volkshochschulen und ähnliche öffentliche und gemeinnützige Bildungseinrichtungen als wichtige Partner der Weiterbildung unterstützen. Die öffentlich geförderte Weiterbildung braucht einen Digitalisierungsschub, um auch in Zukunft qualitativ hochwertige Fortbildungen entwickeln und vor Ort und im digitalen Raum anbieten können. Darin liegt die Chance für ein digitales Update einer ganzen Branche. Die Digitalisierung in der Weiterbildung erfordert eine starke öffentliche Beteiligung und ausreichend Mittel für die Ausstattung und Infrastruktur, insbesondere aber auch neue Kompetenzen der Lehrenden und Mitarbeitenden. Besonders wichtig sind dabei die Qualifizierung des Weiterbildungspersonals in der Kultutechnik Digitalisierung und der Kompetenzaufbau bei der Entwicklung digitaler Kursinhalte und -formate.</p>
DIE LINKE	<p>Digitale Bildungsinfrastruktur wird zukünftig eine Form von Daseinsvorsorge darstellen. Für die Finanzierung zusätzlicher digitaler Ausstattung soll unter der Vergabebedingung ‚öffentliche/ gemeinnützige Einrichtung‘ der Förderrahmen der einzelnen Bildungsmaßnahme erweitert werden. Dazu gehört auch, dass die IT-Infrastruktur an Volkshochschulen durch Fachpersonal betreut werden muss. Entsprechende Planstellen sollen kurz- und mittelfristig geschaffen werden. Die IT-Infrastruktur aller Volkshochschulen muss mit schnellen und leistungsfähigen Breitbandanschlüssen, WLAN für alle Lern- und Arbeitsräume und einer zeitgemäßen Hard- und Software-Ausstattung ausgebaut werden. Offene Software und Open Educational Resources (OER) sind auch zu fördern.</p>
FDP	<p>Die öffentliche Weiterbildungsförderung wollen wir so weiterentwickeln, dass sie mehr Freiraum für neue digitale Lehr- und Lernformate bietet. Außerdem wollen wir Bildungseinrichtungen bei der Entwicklung qualitativ hochwertiger digitaler Lehre unterstützen. Daher setzen wir Freie Demokratien uns für die Schaffung einer Bundeszentrale für digitale Bildung ein. Diese soll in drei Säulen Aufgaben der Koordination, Qualitätssicherung und Vermittlung digitaler Bildung in Deutschland übernehmen. Die erste Säule stellt Informationen, Materialien und Kurse bereit, um bei Menschen aller Altersklassen das Verständnis über die Grundlagen der Digitalisierung, aktuelle technische Entwicklungen und gesellschaftliche Debatten zu fördern, damit sie als aufgeklärte und verantwortungsvolle Bürgerinnen und Bürger in einer digitalisierten Welt agieren können. Die zweite Säule ist die Beurteilung und Zertifizierung von digitalen Lehr- und Lernmitteln hinsichtlich rechtlicher und pädagogischer Mindeststandards. Die Ergebnisse werden in einer Positivliste (Weißliste) für Bildungssoftware zusammengefasst und in einer digitalen Bibliothek bereitgestellt. Bildungsinstitutionen können Anfragen zur Prüfung an die Bundeszentrale richten, die sie zügig bearbeitet. Die dritte Säule befasst sich mit der digitalen Transformation des Bildungswesens und hierbei konkret mit digitaler Didaktik und der Aus- sowie Fortbildung von Lehrenden aller Bildungsinstitutionen zur Implementierung digitaler Lernstrategien. Dabei sollen sowohl konkrete Angebote für Lehrende zur Weiterbildung angeboten als auch Konzepte der Lehre und Schule der Zukunft erarbeitet und in Zusammenarbeit mit den Kultusministerien der Länder umgesetzt werden.</p>

Unsere Forderung: Digitalisierung des Bildungswesens als Gemeinschaftsaufgabe verstehen

Die Digitalisierung des Bildungswesens muss als Gemeinschaftsaufgabe verstanden und umgesetzt werden. Die Herausforderungen des Digitalen Wandels in der Weiterbildung sind nur in einer gemeinsamen Kraftanstrengung von Bund, Ländern und Kommunen zu meistern. Inwiefern unterstützen Sie diese Position?

CDU/CSU	Zur strukturellen Modernisierung unseres Staates gehört für CDU und CSU ein moderner Föderalismus. Daher wollen wir in der nächsten Legislaturperiode in einer Föderalismusreform einen neuen Zukunftspakt zwischen Bund, Ländern und Kommunen schmieden. Wir werden alle Bund-Länder-Projekte auf den Prüfstand stellen, eine Analyse der staatlichen Aufgaben erstellen und den Grundsatz der Subsidiarität konsequent anwenden. Der Föderalismus muss passgenaue Lösungen vor Ort bieten, die die Vielfalt unseres Landes widerspiegeln und gleichzeitig effizient sind. Dazu brauchen wir neue Kooperationsformen zwischen den Ländern, um den Herausforderungen wie die Digitalisierung der Bildung zu begegnen.
SPD	Die SPD unterstützt diese Position. Wir werden weiterhin dafür sorgen, dass der Bund, die Länder und Kommunen bei der Digitalisierung des Bildungswesens für alle Altersstufen beteiligt.
BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	Wir GRÜNE wollen gemeinsam mit Ländern und Kommunen dafür sorgen, dass alle Bildungseinrichtungen von der Kita bis zur öffentlichen Weiterbildung so aufgestellt sind, dass sie die Herausforderungen des digitalen Wandels meistern und qualitativ hochwertige Bildung anbieten können. Weiterbildung betrachten wir als wichtige Säule des Bildungswesens und wollen sie mit gezielten Investitionen und einer grundlegenden Reform der Strukturen fit für die Anforderungen einer Gesellschaft im Wandel machen. Wir wollen das vielfältige Beratungsangebot in regionalen Bildungsagenturen bündeln, eine zentrale Online-Plattform für Bildungsangebote schaffen, und die finanzielle Förderung von Fort- und Weiterbildungen mit einem Weiterbildungsgeld und einem Weiterbildungs-BAföG so verbessern, dass keine sinnvolle Weiterbildung an fehlendem Geld oder mangelnder Unterstützung durch die Arbeitgeber*in scheitert.
DIE LINKE	Wir wollen, dass Bund, Länder und Kommunen in Schule, Bildung und Weitbildung zusammenarbeiten können. Durch das Kooperationsverbot ist das nur eingeschränkt möglich. Wir wollen das Verbot komplett aufheben und Bildung als Gemeinschaftsaufgabe im Grundgesetz verankern. Nur so können die Herausforderungen des Digitalen Wandels in der Weiterbildung gemeistert werden. Zudem fordern wir die Länder auf, in allen Ländern Weiterbildungsgesetze zu erstellen, die zu einer verlässlichen Förderung von Weiterbildungsangeboten zu gesetzlich festgelegten Konditionen und Qualitätsstandards bei unterschiedlichen Trägern führen – auch im Bereich der digitalen Ausstattung.
FDP	Die digitale Transformation ist eine der größten Chancen und Herausforderungen unserer Zeit. Wie wir sie gestalten, wird unser Leben für lange Zeit prägen. Deutschland braucht endlich Tempo bei der Digitalisierung, um seine Chancen auf Fortschritt nicht zu verspielen. Gerade die Coronakrise hat gezeigt, dass Deutschland bei der Digitalisierung – vor allem auch im Bildungsbereich – aufholen muss. Das erfordert in der Tat eine gemeinsame Kraftanstrengung aller politischen Ebenen. Deshalb fordern wir einen Digitalpakt 2.0, der die verfassungsrechtlichen Möglichkeiten der Kooperation von Bund und Ländern im Bildungsbereich vollständig nutzt. Zusätzlich zur Technik muss auch in IT-Administratorinnen und IT-Administratoren, Dienstgeräte für Lehrkräfte, digitales Lernmaterial sowie Fortbildungen investiert werden.

Unsere Forderung: Bessere Finanzierung und Bürokratieabbau im Integrations- und Berufssprachkurssystem

Der Bund muss die Integrations- und Berufssprachkurse finanziell besser ausstatten und die Kostenpauschale zu Gunsten der Träger nachhaltig anheben. Der Bürokratieabbau im Integrations- und Berufssprachkurssystem muss deutlich verstärkt werden. Inwiefern unterstützen Sie diese Positionen?

CDU/CSU	Um die Bedingungen der Integration und auch des Spracherwerbs weiter zu verbessern, werden CDU und CSU kommunale Integrationsfachkräfte durch ein Bundesprogramm fördern und dadurch insbesondere die Beratungsangebote in Kitas und Grundschulen verbessern. Auch werden wir durch gezielte digitale Angebote Frauen und Mütter beim Spracherwerb unterstützen und mit niedrigschwengigen Beratungsangeboten fördern. Damit wollen wir auch Kinder besser erreichen. Grundsätzlich wollen wir den Spracherwerb beschleunigen und setzen dabei vermehrt auf digitale, flexible und zielgruppenspezifische Angebote.
SPD	Wir werden die Integrations- und Berufssprachkurse insgesamt stärken und hierbei alle Beteiligten einbeziehen. Das Integrations- und Berufssprachkurssystem bedarf an einigen Stellen der Nachbesserung. Dies betrifft insbesondere auch die Arbeitsbedingungen der Lehrkräfte und die finanziellen Rahmenbedingungen der Träger. Wir haben bereits eine deutliche Erhöhung der Mindestvergütung für Kursleitungen durchgesetzt und wollen auf diesem Erfolg weiter aufbauen. Das heißt, dass wir in einem nächsten Schritt eine entsprechende Erhöhung des Kostenerstattungssatzes für Sprachkursträger anstreben. Außerdem wollen wir mehr reguläre, sozialversicherungspflichtige Anstellungsverhältnisse für die Lehrkräfte schaffen.
BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	Wir GRÜNE wollen die finanzielle Ausstattung der Integrationskurse deutlich und nachhaltig verbessern. Eine reine Anpassung des gegenwärtigen Etats an die zu erwartende Anzahl der Kursteilnehmenden ist nicht ausreichend. Wir setzen uns für eine Qualitätsoffensive ein, die auch die Verbesserung der Beschäftigungssituation der Lehrkräfte umfassen muss. Dies erfordert aus unserer Sicht die Erhöhung der zur Verfügung stehenden Mittel und eine grundlegende Reform der Organisation, der Finanzierung und der Durchführung der Integrationskurse. Unser Ziel ist eine Bündelung der Ressourcen sowie die ziel- und themenorientierte Organisation der Kurse. Wir wollen sicherstellen, dass Lehrkräfte im Bereich Deutsch als Fremdsprache ihren wichtigen Aufgaben entsprechend vergleichbar mit Lehrkräften in anderen Bildungsbereichen entlohnt werden. Sachgrundlosen Unterscheidungen wollen wir entgegenwirken.
DIE LINKE	DIE LINKE unterstützt den sogenannten „Hamburger Appell“ und die Forderung von 64,-€ Honorar pro Unterrichtseinheit bei allen bundesweiten Berufssprach- und Integrationskursen für nicht festangestellte Lehrkräfte und ein Honorar von 42,- € für alle übrigen staatlich verantworteten Weiterbildungsangebote. Integration kann nur dann gut gelingen, wenn die Weiterbildungsträger in die Lage versetzt werden, menschenwürdige Arbeitsbedingungen anzubieten. Daher setzen wir uns für deutlich längerfristige Finanzierungsstrukturen der Träger ein.
FDP	Wir Freien Demokraten unterstützen diese Position. Die sich verändernde Lebens- und Lernwelt muss auch in den Integrations- und Berufssprachkursen abgebildet werden, weswegen beispielsweise Mittel für die Digitalisierung dieser Kurse bereitgestellt werden müssen.

Unsere Forderung: Regelförderung für Alphabetisierung und Grundbildung

Der Bund muss die Förderung im Bereich der Alphabetisierung und Grundbildung ausbauen. Allen Betroffenen muss über eine Regelförderung eine vollfinanzierte Teilnahme an Alphabetisierungs- und Grundbildungsangeboten ermöglicht werden. Inwiefern unterstützen Sie diese Position?

CDU/CSU	Erwachsene, die Schwierigkeiten beim Lesen und Schreiben haben, sind häufig in Familien aufgewachsen, in denen nicht oder viel zu wenig vorgelesen wurde. Für sie bedeutet es eine unüberwindbare Hürde, ihren Kindern bei den Hausaufgaben zu helfen oder die Packungsbeilage eines Medikaments zu lesen. CDU und CSU sprechen sich dafür aus, dass allen Menschen ein Platz in einem Alphabetisierungskurs angeboten werden muss. Unser Ziel ist ein Land, in dem jeder Einzelne lesen und schreiben kann.
SPD	Die SPD setzt sich seit langem für Aufwuchs in der Grundbildung und Alphabetisierung ein. Wir benötigen niedrigschwellige Angebote für gering literalisierte Menschen. Die Frage der individuellen Finanzierung darf bei der Wahrnehmung des Angebots keine Hürde sein. Deswegen wollen wir das Engagement im Rahmen der Alpha-Dekade weiter ausbauen. Wir setzen uns dafür ein, dass die Vermittlung und Finanzierung von Grundkompetenzen durch die Bundesagentur für Arbeit darüber hinaus zum Zweck des Beschäftigungserhalts ausgebaut wird. Gleichzeitig müssen die Jobcenter einen niedrigschweligen Zugang zu Beratungsangeboten für Arbeitgeber*innen und gering literalisierte Personen vorhalten sowie einen Beschäftigungszugang für diesen Personenkreis durch Förderangebote der Grundbildung sicherstellen.
BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	Wir GRÜNE wollen dafür sorgen, dass jeder Mensch die Chance erhält, Lesen und Schreiben zu lernen, egal wie alt er ist. Noch immer können rund sechs Millionen Menschen ab 18 Jahren in Deutschland nicht ausreichend lesen und schreiben. Diese Zahlen sind 100 Jahre nach Einführung der allgemeinen Schulpflicht und in einer der reichsten Industrienationen der Welt nicht akzeptabel. Wir wollen Geld und Kurskapazitäten bereitstellen – für Erwachsene, aber auch für Kinder. Denn die Ursachen liegen oft schon im Vorschulalter. Wir wollen konkrete Reduktionsziele für Analphabetismus festlegen und evaluieren. In öffentlichen Bereichen wollen wir die barrierefreie Kommunikation zu fördern, um allen Menschen gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen. Alphabetisierung und Grundbildung wollen wir wie auch das Nachholen eines Schulabschlusses umfänglich fördern.
DIE LINKE	Die LINKE unterstützt diese Position. Das Recht auf Bildung umfasst für DIE LINKE eine gute Grundbildung, die allen zugänglich sein muss. Dazu gehören auch Angebote der allgemeinen und politischen Weiterbildung. Dafür sind bessere finanzielle und rechtliche Rahmenbedingungen erforderlich. Bildung ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die öffentlich ausfinanziert werden muss. Zur nachholenden Alphabetisierung und Grundbildung fordert DIE LINKE zusätzlich ein Zehn-Jahres-Programm und die Bereitstellung von 3,6 Milliarden Euro durch Bund, Länder und Kommunen sowie die Erarbeitung nachhaltiger Finanzierungsmodelle für den dauerhaften Ausbau von Grundbildung und Alphabetisierungskursen in der Erwachsenenbildung und im Bereich der Integrationskurse.
FDP	Wir wollen allen Bürgerinnen und Bürgern die Chance geben, mit Veränderungen Schritt zu halten. Unser Konzept: ein zweites Bildungssystem für das ganze Leben mit einem persönlichen Freiraumkonto, einem Anrecht auf Midlife-BAföG für Personen mit geringem Einkommen und eine digitale Bildungsarena, die den Weiterbildungsmarkt übersichtlicher und zugänglicher macht. Gering Literalisierte sollen dabei unterstützt werden, das Midlife-BAföG zu nutzen. Digitale Innovationen sollen im Zusammenhang mit Lese- und Schreibschwäche in den Schulen und Weiterbildungsinstitutionen des lebenslangen Lernens verstärkt zur Grundbildung von Schülern und zur Weiterbildung von Lehrpersonal eingesetzt werden. Zudem wollen wir ein Grundbildungspotenzial, auf dem alle gering literalisierten Menschen Kurse zum Erlernen des Lesens und Schreibens absolvieren können. Auch wollen wir einen überarbeiteten Finanzierungsplan der AlphaDekade (vgl. BT-Drs.-19/18604).

Unsere Forderung: Niedrigschwellige Förderprogramme zur Demokratiebildung

Um Radikalisierungstendenzen entgegen zu wirken und den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken, muss der Bund auch für Erwachsene flächendeckend niedrigschwellige Förderprogramme zur Demokratiebildung aufsetzen. Wie stehen Sie zu dieser Forderung?

CDU/CSU	Beteiligung schafft Akzeptanz für Politik und unser demokratisches System. Das gilt umso mehr in einem Land, in dem Menschen mit unterschiedlichen Nationalitäten und kulturellen Prägungen leben. CDU und CSU setzen sich für eine Stärkung der politischen Bildung und der Wertekunde ein: Nur wer weiß, wie Demokratie funktioniert, kann später auch demokratisch handeln. Außerdem werden CDU und CSU die politische Bildung in allen Jahrgangsstufen der allgemeinbildenden und beruflichen Schulen stärken. Unsere rechtsstaatlich verfasste, freiheitliche, plurale und repräsentative Demokratie ist nicht selbstverständlich. Sie muss stets aufs Neue erlernt, gelebt und verteidigt werden. Dazu brauchen wir überzeugte Demokratinnen und Demokraten, die sich den komplexen Anforderungen der Welt im 21. Jahrhundert stellen.
SPD	Wir unterstützen diese Forderung. Demokratie ist verletzlich. Sie zu schützen ist erforderlich. Demokratie ist die Basis einer Gesellschaft, die allen die Chance bietet, in Freiheit und Sicherheit zu leben. Mit einem Demokratiefördergesetz werden wir Vereine, Projekte und Initiativen langfristig fördern und sie besser wappnen gegen die Feinde unserer offenen Gesellschaft. Wir werden das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ weiter ausbauen und hierüber Präventionsprojekte auf Bundes-, Landes und kommunaler Ebene fördern. Zur Prävention gehören auch Angebote der politischen Bildung. Sie sind unverzichtbar. Dafür setzen wir uns auf allen Ebenen für verstärkten und einfacheren Zugang zu politischen Bildungsmöglichkeiten und Demokratieförderung ein. Wir werden u.a. Arbeitnehmer*innen verstärkt in die Lage versetzen, ihren gesetzlichen Bildungsurklaub zu nutzen, um sich einfacher für ihr ehrenamtliches Engagement freistellen zu lassen.
BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	In Zeiten, in denen Populist*innen an Stärke gewinnen, vermeintlich einfache Lösungen für komplexe Probleme präsentieren und Feindbilder schaffen, ist politische Bildung wichtiger denn je. Demokratiebildung ist eine Querschnittsaufgabe, die wir GRÜNE gemeinsam mit Ländern und Kommunen entlang der gesamten Bildungskette konzeptionell und finanziell stärken wollen. Wir begreifen sie als Teil einer gesamtgesellschaftlichen Herausforderung zur Demokratieentwicklung und wollen zu einer wachsenden Vernetzung aller damit befassten Organisationen und Akteur*innen beitragen. Im Bund werden wir Förderprogramme ausbauen, die Bundeszentrale für politische Bildung in ihrer Unabhängigkeit stärken und die niedrigschwellige Teilnahme an Angeboten der Demokratiebildung auch im Rahmen eines Rechtsanspruchs aus Weiterbildung unterstützen.
DIE LINKE	Antifaschismus ist eine Grundlage unserer Politik, die sich nicht zuletzt gegen die Strukturen richtet, die Faschismus hervorbringen: Wir stellen uns allen Formen der Menschenfeindlichkeit entgegen und verteidigen die Demokratie – auf der Straße, im Alltag, im Parlament. Wir wollen die Kräfte in der Zivilgesellschaft mit einem Demokratiefördergesetz stärken, die sich gegen Rassismus, Antisemitismus, Antiziganismus, antimuslimischen Rassismus und Neonazis engagieren. Projekte der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus, Opferberatungen und zivilgesellschaftliche Demokratiebündnisse sowie Antifa-Initiativen müssen mit einem echten Demokratiefördergesetz stärker und langfristig finanziell unterstützt werden. Dabei darf es kein strukturelles Misstrauen und keinen Kooperationszwang mit Polizei und Inlandsgeheimdienst geben. Die politische Bildung an den Schulen sowie kritische Sozialwissenschaften an den Hochschulen wollen wir stärken. Niedrigschwellige Angebote für Erwachsene zur Demokratiebildung begrüßen wir und sollten flächendeckend angeboten werden.
FDP	Unsere Demokratie und unsere Freiheit sind bedroht durch Extremismus, durch Populismus und durch Gleichgültigkeit. Für uns Freie Demokraten ist es daher eine Kernaufgabe, die liberale Demokratie mit Leben zu erfüllen, sie fortzuentwickeln und zu verteidigen. Es ist nach Auffassung von uns Freien Demokraten eine der wichtigsten Aufgaben einer Demokratie, ihre Bürgerinnen und Bürger zur aktiven Teilhabe an ihren Entscheidungsprozessen zu befähigen. Unser Ziel muss sein, allen Menschen echte Medienpartizipation zu ermöglichen. Politische Bildung und Demokratiebildung beginnt für uns im Kindesalter und ist ein lebenslanger Prozess.